

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

eines kann man Deutschland mit Sicherheit nicht vorwerfen: Daß es für Migranten kein attraktives Land sei. Und dennoch wird der von unserer Wirtschaft tatsächlich beklagte Fachkräftemangel mit genau diesem Scheinargument zu erklären versucht. Unser Land, heißt es dann immer, konkurriere mit vielen anderen Ländern um die weltweit besten Köpfe und lehne sich dabei nur bequem zurück.

Ja, mit einem bequemen Zurücklehnen hat die Sache wirklich etwas zu tun, aber leider zusätzlich auch noch in einem ganz anderen Zusammenhang. Denn der deutsche Sozialstaat sorgt immer mehr dafür, daß diejenigen, die wenig oder nichts haben und die – sagen wir es ruhig so offen – in manchen Fällen auch nicht unbedingt „Freunde der Arbeit“ sind, in Deutschland ein ruhiges und auskömmliches Leben führen können. Das erkennen weltweit jedes Jahr mehrere Hunderttausend solcher Menschen, die es wenn auch nicht immer gleich nach Deutschland, so doch zumindest in Teile der Europäischen Union zieht. Deutschland und ganz Westeuropa verzeichnen darum auf der einen Seite ein Zuviel an Einwanderung, während es auf der anderen Seite an den begehrten „Fachkräften“ anhaltend fehlt.

Am Beispiel Deutschlands kann man deutlich erkennen, daß sich ein Land nicht erfolgreich als „Einwanderungsland“ entwickeln kann, wenn es an den dafür erforderlichen flankierenden Regeln mangelt. Es muß dabei deutlich machen, welche Art von Einwanderung es wünscht, und es darf auch nicht der Mut zur konsequenten Ablehnung derjenigen Zuwanderer fehlen, die nicht die erforderlichen Kriterien erfüllen (z.B. hinsichtlich ausreichender Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen) und für deren – bestenfalls vorübergehende – Aufnahme auch keine erfolgreich vorgebrachten Asylgründe sprechen.

Ein Einwanderungsland ist erst dann ein solches, wenn es in diesen Fragen souverän und entschlossen agiert und entscheidet. Die von der Bundesregierung jetzt angestrebten Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht böten die Chance zu ersten Schritten in die nun richtige Richtung. Doch so wie es aussieht, dürfte diese Chance ungenutzt verstreichen. (tb)

2 *Dem Westen gehen die Waffen aus*

Seit zehn Monaten unterstützen die westlichen Staaten die Ukraine mit Waffen und inzwischen drohen ihnen die ersten Vorräte auszugehen. Dies ist in vielen Fällen weniger eine Frage der Finanzen als vielmehr zu geringer Lagerbestände sowie fehlender Bezugs- und/oder Produktionsmöglichkeiten. Es ist eine Entwicklung, die nicht zuletzt auch von der chinesischen Führung mit Interesse beobachtet wird, spiegelt sich darin schließlich auch die Verteidigungs- und Hilfsmöglichkeit wider, die den westlichen Staaten z.B. im Falle eines Taiwan-Konfliktes blieb.

Die Waffenlieferungen aus eigenen Beständen in die Ukraine umfassten in den letzten zehn Monaten einen Wert von über 40 Mrd. US-Dollar. Die USA gaben dabei etwa ein Drittel ihres Gesamtbestandes an Javelin-Panzerabwehrraketen und Stinger-Flugabwehrraketen ab. Großbritannien hat so viele Panzerabwehrraketen geliefert, daß es nun selbst Drittparteien um die Lieferung neuen Geräts anging. Und der Waffeneinsatz ist und bleibt auf beiden Seiten erheblich. Russland verfeuerte während der heftigen Donbass-Kämpfe im Sommer allein an zwei Tagen mehr Munition als das britische Militär vorrätig hat. Und auch beim ukrainischen Artillerieverbrauch würden die britischen Vorräte kaum länger als eine Woche reichen.

Die Nachschubprobleme der westlichen Staaten sind vor allem die Folge einer jahrzehntelangen „Friedensdividende“ nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Waffenbeschaffung und auch -entwicklung wurde in dieser Zeit als eher zweitrangig empfunden, worauf die Rüstungsindustrie mit einem teilweise deutlichen Kapazitätsabbau reagierte. Jetzt wären zwar viele Betriebe (noch immer) in der Lage, die Produktion wieder hochzufahren. Doch dies würde zum Teil erhebliche Investitionen erfordern, die nur nach entsprechenden, verbindlichen Abnahmezusagen erfolgen werden. Und genau daran mangelt es. Zwar haben viele westliche Länder ihre Verteidigungsbudgets deutlich erhöht, aber die politisch Verantwortlichen schrecken vor den verbindlichen Bestellungen noch immer zurück, sie meiden angesichts der unsicheren Wirtschaftslage den Abschluß mehrjähriger Verträge.

Und genau diese müßten viele Rüstungsunternehmen vorweisen, um die für einen Produktionsaufbau erforderlichen Mittel zu erhalten. Vom schwedischen Rüstungsunternehmen Saab weiß man z.B., daß viele Gespräche geführt wurden und werden, es aber noch kaum zu konkreten Vertragsabschlüssen kam. Ähnliches berichtet das britische Unternehmen BAE Systems. Und bei Lockheed Martin wäre man gerne bereit, allfällige Kapazitätsausweitungen auch mit Eigenkapital zu finanzieren – wenn es denn endlich zum Abschluß konkreter, mehrjähriger Lieferverträge käme. Doch genau daran mangelt es zurzeit allerorten. (tb)

3 Gasgeschäft mit Katar

Während der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die ihn unterstützenden „Qualitätsmedien“ das jüngste Flüssiggasgeschäft mit Katar als Erfolg verkaufen wollen, deckt schon ein zweiter, kritischer Blick das wahre Ausmaß der Katastrophe auf. Statt ein Erfolg zu sein, ist das Gasgeschäft ein großer Reinfluss, weil

- Katar überhaupt erst ab 2026 (!) Gas liefern wird und damit Teile der bis dahin benötigten Gasmengen fehlen werden. Bis 2026 dürfte die deutsche Wirtschaft ohne ausreichende Gasversorgung aber bereits schwere und irreparable Schäden erlitten haben.
- Habeck bis jetzt aus Katar lediglich 2 Mio. Tonnen LNG ab 2026 über 15 Jahre hinweg vereinbaren konnte oder wollte. 2 Mio. Tonnen LNG entsprechen etwa einer Liefermenge von 3,5 Mrd. m³ Gas. Gemessen an der bisherigen russischen Jahreslieferung (rd. 52 Mrd. m³) sind dies lediglich knapp 7 %, weshalb man hier wohl kaum von einem „rettenden“ Gas-Geschäft sprechen kann. Noch unverständlicher (und für unser Land peinlicher) wurde es, als der Energieminister Katars gegenüber Journalisten erklärte, daß Deutschland auch deutlich größere Mengen hätte vereinbaren können. China tat dies jedenfalls. Es vereinbarte eine Jahresmenge von 4 Mio. Tonnen LNG und lässt den Vertrag 27 Jahre andauern.
- dümmere und für Deutschland schädlicher man dieses Gas-Geschäft nicht hätte abschließen können. So tritt z.B. weder Deutschland noch seine neue „Gas-Beteiligung“ Uniper als Käufer auf, sondern der US-Öl-Multi Conoco-Phillips. Dieser soll dann das Gas – möglicherweise mit Aufpreis – an Deutschland weiterliefern. Wenn also die USA einmal Sanktionen gegen Deutschland beschließen sollten oder aus irgendeinem anderen Grund Conoco-Phillips nicht liefern möchte, könnte Deutschlands Gasversorgung aus Katar schneller als gedacht wieder Geschichte sein.

„Krönung“ des Gas-Abkommens mit Katar war aber das diplomatisch ungewohnte Verhalten des Bundeswirtschaftsministers. Dieser kritisierte gleich nach der Vertragsunterzeichnung den Vertragspartner mit dem Erfolg, daß dessen erboster Energieminister die Erfüllung des Vertrages und sowieso die gesamte Zusammenarbeit mit Deutschland noch einmal überprüfen wollte. Es mutete fast an, als würde der Young Global Fellow Leader Robert Habeck das Abkommen ohnehin nur mit dem Ziel der Nichterfüllung unterzeichnet haben. Schließlich drohte er Deutschland bereits im Jahr 2016 die (nun erfolgte) „Energiesabotage“ herkömmlicher, fossiler Brennstoffe für den Fall seiner Regierungsbeteiligung an. Insofern entpuppt sich der von der deutschen „Propaganda“ als Rettung verkaufte Gas-Vertrag mit Katar beim näheren Hinsehen als mögliche Luftnummer.

So mancher Beobachter und Diplomat weltweit bezeichnet vielleicht auch deshalb die deutsche Energie- und Umweltpolitik als die derzeit „dümmste Politik der Welt“! (eh)

4 Grüne Energiehilfe für Ukraine statt für Deutschland

Im Anschluss an das NATO-Außenministertreffen vom 29.11.2022 verkündete die deutsche Außenministerin und „Young Global Fellow Leaderin“ (WEF) Annalena Baerbock (Grüne), daß die eigentlich zur Verhinderung/Abschwächung eines möglicherweise Deutschland drohenden Blackouts bestellten Großgeneratoren nun gleich in die Ukraine geliefert werden sollen. Es mutet schon verantwortungslos an, wie damit die Bundesregierung absichtlich für Deutschland einen Blackout riskiert (und mit der damit verbundenen Energieunsicherheit eine Art Industriesabotage betreibt), und sich lieber um die Energiesituation im Ukraine-Krieg kümmert.

Keiner der derzeit Verantwortlichen in Berlin – auch das muß in diesem Zusammenhang zu sagen gestattet sein – hat sich für die Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal auch nur ansatzweise so bemüht. Diese warten zum Teil immer noch auf ihre zugesagten Hilfen, während ein fremdes Land außerhalb der EU de facto grundlos eine Soforthilfe von 150 Mio. Euro zugesagt bekommt. Eine solche Politik lässt sich eben nur durch die Aussage Annalena Baerbocks erklären, laut der es ihr scheinbar egal ist, was die deutschen Wähler von ihr halten. Viel wichtiger scheint ihr zu sein, was ihr Mentor vom World Economic Forum, Klaus Schwab und seine „Oligarchenfreunde“ von ihr wünschen. Der Amtseid sieht eigentlich etwas anderes vor . . . (eh)

5 Indien und China lehnen Ölpreisdeckel ab

Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar äußerte sich nach einem Gespräch mit der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bezüglich des von den westlichen Staaten beschlossenen Preisdeckels für russisches Öl sehr zurückhaltend. Schließlich, so der indische Minister sinngemäß, hätten die europäischen Staaten seit Beginn des Ukraine-Krieges noch weitaus mehr Öl aus Russland bezogen als die darauffolgenden, nächsten zehn Staaten zusammen. Er verstehe zwar das Bestreben auch der europäischen Regierungen, ihren Ölbezug zu sichern. Doch deren verstärkte Ölkäufe auch in den Staaten des Mittleren Ostens treibe die dortigen Preise tendenziell nach oben, was wiederum Indien negativ zu spüren bekomme. Er wünsche sich deshalb, daß die europäischen Regierungen stärker als bisher wahrnehmen und registrieren würden, wer eigentlich wo welche Ölmengen kauft.

Der seit dem 5. Dezember geltende Preisdeckel für russisches Öl soll vor allem über versicherungstechnische Auflagen durchgesetzt werden. Westlichen Reedereien ist nämlich nicht nur der Transport des zu höheren Preisen verkauften russischen Öls untersagt, sondern diese Transporte dürfen auch nicht versichert werden. Indien und vor allem auch China haben sich diesem Abkommen aber ausdrücklich nicht angeschlossen und die russische Seite hat sich vorsorglich eine Flotte von mehr als 100 gebrauchten Tankern zugelegt. Für China ist damit auch der weitere Bezug vergleichsweise günstigen russischen Öls gesichert.

Westliche Ölexperten rechnen für die nächsten Monate mit moderat steigenden Ölpreisen als Folge des Preisdeckels. Auf die Verbraucherpreise der Endprodukte dürfte dies aber, so die Hoffnung, keinen allzu großen Einfluß haben. Vom Preisdeckel ausgenommen bleibt im Übrigen „Pipeline-Öl“, das nach Ungarn geliefert wird. Die deutsche Regierung sucht derweil noch immer nach Versorgungswegen für die Raffinerie in Schwedt, welche für die sichere Versorgung des mitteldeutschen Kraftstoff-Marktes überaus wichtig ist. (tb)

6 G20: Impfpass als Reisedokument?

Unter dem Kürzel „G20“ organisierte der WEF (World Economic Forum)-Gründer Klaus Schwab zu dem parallel stattfindenden „B20“-Treffen (angebliche Repräsentanz der Großkonzerne der G20) ein offizielles Diskussionsforum der 20 größten Volkswirtschaften der Welt. Das Forum soll dazu dienen, sich über bestimmte Agenden einig zu werden und damit gewünschte Regelungen möglichst weltweit durchzudrücken. Das Hauptinteresse an solchen „Vertriebsstrukturen“ für politische Programme haben die weltweit anzutreffenden „Oligarchen“, die sich bei Klaus Schwab im WEF jährlich treffen und verabreden.

In diesem Jahr kam man im Rahmen der G20-Staaten dem Wunsch der Eigentümer wichtiger Pharmakonzerne sowie Klaus Schwabs und seiner Oligarchenfreunde nach, die Menschen mit einem digitalen Ausweisdokument zu „beglücken“, in dem zunächst nur Gesundheitsdaten, wie z.B. erfolgte Impfungen, verzeichnet sein sollen. Aus den Diskussionen des WEF wissen wir aber, daß dies nur der Einstieg in verbindliche, digitale Ausweise zur totalen Kontrolle der Menschen sein wird. Wohin diese digitale Identitätserfassung führt, ist bereits in China ablesbar. Dort wurde betrogenen Kunden insolvenzbedrohter Banken, denen die Auszahlung ihrer Guthaben verweigert wurde (und bei denen deshalb ein starkes „Protestpotential“ vermutet wurde), über eine Sperre ihres digitalen Impfpasses jede Reisemöglichkeit oder sogar der Ausgang aus der Wohnung verweigert. Dazu wurde der aus ihrem digitalen Dokument ersichtliche Gesundheits- und Impfstatus einfach eingeschränkt. Wir können daran sehen, daß digitale Dokumente dem Missbrauch staatlicher Einrichtungen Tür und Tor öffnen, was bis zum Entzug sämtlicher Freiheitsrechte führen kann!

Auf genau diesen Kurs zur totalen Kontrolle und gegebenenfalls willkürlichen Machtausübung über sämtliche Bürger der G20-Staaten haben sich deren Vertreter nun mit der geplanten Einführung digitaler Impf-Ausweise als Reisevoraussetzung geeinigt. Obwohl dies eigentlich elementare Grundrechte, die viele Verfassungen ihren Bürgern zu garantieren versprechen, aushebeln kann oder diesen widerspricht, werden wir in vielen Staaten für die kommenden Monate mit entsprechenden, letztlich verfassungswidrigen Gesetzesvorgaben zu rechnen haben.

Es würde den Verfasser dieser Zeilen sehr wundern, wenn diese weiteren Grundrechtseinschränkungen vom inzwischen eher politisch motivierten und besetzten Bundesverfassungsgericht begrenzt oder aufgehoben würden. Ebenso unwahrscheinlich ist, daß sich irgendeine der von Klaus Schwabs Young Global Fellow Leaders geführten Parteien im Deutschen Bundestag gegen dieses Vorhaben ihres Mentors Klaus Schwab stellen würde. Wie man den diesbezüglichen Beiträgen des WEF entnehmen kann, ist das Ziel dieser digitalen Identität, alle Menschen vollständig kontrollieren und beherrschen sowie Impfungen oder Gentherapien über die WHO (Weltgesundheitsorganisation) erzwingen zu können und dem Ziel einer Verschmelzung von Maschine und Mensch näherzukommen.

Es empfiehlt sich, entsprechende Publikationen vom WEF und den führenden Forschern dieser Technologien zu studieren. Man kann ihnen z.B. entnehmen, daß zukünftig elektronische Bauteile und Baugruppen über Injektionen in den Körper gebracht werden können, die sich erst dort wie von Zauberhand zusammensetzen. Der „Zauberbaustoff“ für die sich im Körper zusammensetzenden Roboter ist die erst vor einigen Jahren entwickelte Substanz „Graphen“ (eine, stark verkürzt ausgedrückt, zweidimensionale Kohlenstoffkette). Dieser Supraleiter dürfte ein Baustoff der Zukunft sein, der möglicherweise noch weitaus mehr Einsatzgebiete bekommen wird.

Beängstigend ist der Impfpassvorstoß der G20-Staaten nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der mittlerweile in vielen Fällen als rechtswidrig erkannten Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Corona-Politik. Aber die Verstärkung genau dieser politischen Linie dürfte eines der eigentlichen Ziele der neuen Digitalpass-Kampagne der G20-Staaten sein. (eh)

7 Grotzke Geldverschwendung

Laut kürzlichen Berechnungen der US-Investmentbank Goldman Sachs wurden weltweit bisher unvorstellbare 3,8 Billionen (also, nach europäischer Zählweise, 3800 Milliarden) US-Dollar in den Ausbau sogenannter „erneuerbarer Energien“ gesteckt. Doch unter dem Strich sank der Anteil fossiler Energieträger beim weltweiten Energieverbrauch bestenfalls von 82 % auf 81 %. „Unter dem Strich haben wir also eindeutig keine Fortschritte gemacht“, so die Bank. Selbst wenn man die Richtigkeit der These von der menschengemachten Erderwärmung stützen sollte, muß diese Entwicklung doch zu denken geben. Der Verdacht einer grotesken Geldverschwendung liegt nahe.

Eine der wichtigsten Ursachen ist dabei die Tatsache, daß große Teile der energieintensiven Industrieproduktion einfach nur von West nach Ost (Asien) verlagert wurden. Deutschland liegt dadurch bei der energetischen Effizienz seiner Gesamtwirtschaft auf einem weltweiten „Spitzenplatz“, während z.B. das weitaus größere China deutlich schlechter abschneidet. Hinzu kommt, daß die definitionsgemäß „erneuerbaren“ Energien Sonne und Wind vor allem für die Stromerzeugung in Frage kommen, während fossile Energieträger nicht nur bei der Industrieproduktion, sondern auch bei der Wärmeerzeugung (Heizung) und dem Straßen-, Luft- und Seeverkehr weit überwiegen.

Während sich manche westliche Nationen – mit Deutschland an der Spitze – im kostenintensiven CO₂-Einsparen selbst zu überbieten versuchen, scheren sich vor allem die wachstumsorientierten Schwellenländer nicht darum. Hinzu kommt die Tatsache, daß nur 10 % bis 15 % der jährlichen CO₂-Emissionen überhaupt direkt oder indirekt „menschengemacht“ sind. Der Rest ist und bleibt natürlichen Ursprungs. Dies verkennt nach Auffassung kritischer Beobachter die westliche „Klimapolitik“ ebenso wie die überall geltende Ressourcenknappheit. Zudem führte und führt die angebliche „Umweltpolitik“ zu einer Vielzahl staatlicher Eingriffe, durch die auch der Energiemarkt inzwischen vollkommen verzerrt ist. Eine vor allem ideologiegetriebene Politik trifft dabei auf ein automatisiert-industrielles Zeitalter, in dem ohne eine verlässliche Energieversorgung zu vertretbaren Preisen kaum mehr etwas funktionieren kann. Daher muß die Frage gestattet sein, ob sich ein Land wie Deutschland eine derartige „ideologisch-grüne Planwirtschaft“ überhaupt leisten kann? (tb)

8 **Fauci gesteht „Lockdowns“ als Mittel, um Impfungen zu erzwingen**

In einem Interview mit NBC im November 2022 gestand der US-Immunologe Anthony Fauci, die „Corona-Lockdowns“ seinerzeit veranstaltet zu haben, um die Menschen zu Impfungen zu „bewegen“. Die für die Wirtschaft und Menschen mit katastrophalen Folgen behafteten Schließungen weltweit hatten also weniger medizinische Gründe als diejenigen, das Geschäft mit den Impfdosen zu erzwingen. Bis heute fehlt nämlich jeglicher Beleg dafür, daß die „Lockdowns“ das geeignetste und mildeste Mittel waren, eine Verbreitung des Virus zu verhindern. Die heutige Datenlage weist eher darauf hin, daß so eine Verbreitung weder gestoppt werden konnte, noch daß die sogenannten Impfungen die Verbreitung reduzierten und nicht einmal daraufhin getestet waren. Dies waren aber die einzigen „Argumente“, mit denen Impfungen erzwungen und die Bewegungsfreiheit ganzer Bevölkerungsgruppen eingeschränkt wurden. In der Politik wußte man also bereits im Vorfeld, daß die Impfstoffe zumindest einiger Hersteller offenbar überhaupt nicht für die Erreichung des vorgegebenen Ziels einer Lockdown-Verhinderung entwickelt und getestet waren.

Obwohl wir seinerzeit fassungslos vor den Bildschirmen und aus der Presse die „Lockdown-Empfehlungen“ verfolgten, behauptet der mutmaßliche Impfprofiteur Fauci heute, keine Lockdowns verursacht zu haben. Diese und weitere Aussagen machen nur allzu deutlich, daß dringend eine vorbehaltlose Aufarbeitung der Corona-Geschehnisse, Beschlüsse und Folgeschäden erfolgen sollte. (eh)

9 **Sorgen Aktienrückkäufe in den USA für Jahresendrally?**

Für das letzte Quartal 2022 haben US-Unternehmen die größten Aktienrückkaufprogramme ihrer Geschichte in Angriff genommen: Im Nasdaq und dem Dow Jones gelistete Aktiengesellschaften haben für das Gesamtjahr Aktienrückkäufe im Volumen der unvorstellbaren Summe von fast einer Billion (1000 Mrd.) US-Dollar beschlossen, wovon der größte Teil im letzten Quartal 2022 erfolgen sollte.

Angesichts dieser gewaltigen Aktienrückkäufe ist verständlich, daß der von vielen Fachleuten für das Jahr 2022 erwartete Crash an den Aktienmärkten ausblieb und stattdessen auf das Septembertief eine fast beispiellose „technische Erholung“ der Aktienkurse folgte. Auch viele Privatanleger dürfen sich deshalb möglicherweise auf ein noch relativ versöhnliches Aktienjahr 2022 freuen. Nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Aktienrückkäufe mit Konzentration auf das Jahresende auch zur Aufbesserung der Boni der Manager dienen sollen. Vor allem in den USA besteht nämlich ein großer Anteil des Salärs aus Aktienoptionen oder zahlenmäßig festgelegten Aktien der eigenen Firma. Je höher also der Kurs der Aktie getrieben werden kann, desto höher ist auch das Gehalt des Managements.

Die Kehrseite der Aktienrückkaufprogramme ist allerdings, daß die Unternehmen damit das Kursrisiko für die von ihnen erworbenen, eigenen Aktien für die Zukunft übernommen haben. Ferner wirken Aktienrückkaufprogramme stets kursmanipulativ, so daß selbst insolvenzgefährdete Unternehmen über derartige Programme für geraume Zeit noch einen hohen Wert des Unternehmens suggerieren können. Kursbestimmend ist dann also weniger das Marktvertrauen in die Firma als vielmehr der Umfang des Aktienrückkaufprogramms. Sollte sich die Kurs-Rally in den Folgejahren nicht fortsetzen oder sollten die fraglichen Unternehmen gar im operativen Geschäft in Existenzgefahr geraten, dürften zu teuer gekaufte eigene Aktien deren Niedergang beschleunigen. Noch dürfen wir uns aber wohl auf eine etwas übertriebene technische Erholung an den Aktienmärkten bis möglicherweise Jahresende erfreuen. (eh)

10 **„Blackout – Mit Rot-Grün in den Energiekollaps“**

... so lautet der Titel einer neuen, von Michael Grandt verfassten Broschüre. Er deckt darin schonungslos auf, daß hinter einer scheinbar irren Energie- und Klimapolitik („Raus aus Kohle, raus aus Gas, raus aus Öl und raus aus Atomstrom“) die ökosozialistische Ideologie der „Großen Transformation“ steht, bei der – kurz gesagt – eine weitgehende Bevormundung der Bürger zum Ideal erhoben wird. Was für Deutschland bisher undenkbar war, kann damit leider Wirklichkeit werden: Ein flächendeckender und länger anhaltender Stromausfall. Unser auf eine funktionierende Stromversorgung angewiesenes Land könnte dann innerhalb kurzer Zeit schwere Schäden erleiden. In Regierungskreisen ist das alles – und die möglichen Folgen – natürlich bestens bekannt. Doch man schweigt lieber. Grandt spricht dagegen in der Broschüre aus, was uns verschwiegen werden soll und er gibt wertvolle Hinweise zu noch immer möglichen Vorsorgemaßnahmen.

„Blackout – Mit Rot-Grün in den Energiekollaps“ (58 Seiten) kann für 6,50 € zzgl. 2,95 € Versandkostenpauschale (versandkostenfrei im Inland ab einem Warenbestellwert von 40,- €) über unseren Buchdienst in Hoya bezogen werden. Bitte, richten Sie Ihre freundliche Bestellung an Verlag Arbeit und Wirtschaft OHG, Postfach 1251, 27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51 / 5 61, Fax: 0 42 51 / 30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de. Oder besuchen Sie uns im Internet, wo wir – neben vielen weiteren interessanten Büchern – die Broschüre unter der Bestellnummer 10902 für Sie bereithalten. (tb)

11 **„Letzter Aufruf“ für Weihnachts-Geschenkabonnements**

Vor zwei Wochen, in den „Vertraulichen“ vom 29.11.2022, schlugen wir Ihnen vor, zum bevorstehenden Weihnachtsfest ganz- oder halbjährliche Abonnements der „Vertraulichen Mitteilungen“ zu verschenken. Es ist eine Geschenkmöglichkeit, die Sie beim Beschenken jede Woche neu in dankbare Erinnerung bringen wird. Und ganz nebenbei sorgen Sie damit auch für eine noch weitere Verbreitung „Ihrer“ Vertraulichen als wichtigem Kontrapunkt zu der inzwischen wie abgestimmt wirkenden und meistens linkslastigen Berichterstattung der selbsternannten „Qualitätsmedien“.

Erinnert sei auch an den attraktiven Preisvorteil, den wir Ihnen für jedes ganz- oder halbjährige Geschenkabonnement bieten können. Voraussetzung ist lediglich das Fortbestehen Ihres regulären „Haupt-Abonnements“ zum Normalpreis. Bitte, entnehmen Sie alles weitere der diesen „Vertraulichen“ nochmals beigefügten Beilage. Und bitte gestatten Sie in diesem Zusammenhang auch noch den Hinweis, daß bereits bestehende Geschenkabonnements problemlos und ohne Unterbrechung fortgesetzt werden können, wenn Sie uns hierzu Ihren geschätzten Auftrag möglichst umgehend erteilen. Dies gerne auch telefonisch (0 77 34 / 60 61), per Fax (0 77 34 / 71 12) oder E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) – vielen Dank! (tb)

12 **Für Sie aufgelesen:**

„Ich war bei einem Seminar über Kleptomanie – konnte so einiges mitnehmen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.